

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 20.05.2026

EPU als tragende Säule der Wiener Wirtschaft stärken

EPU prägen die wirtschaftliche Struktur Wiens maßgeblich. Über 72.000 Ein-Personen-Unternehmen stehen für Vielfalt, Innovation und Flexibilität – und tragen wesentlich dazu bei, dass sich die Wiener Wirtschaft stabil und anpassungsfähig entwickelt. Gerade diese breite Streuung an Branchen, Geschäftsmodellen und Unternehmensgrößen macht den Standort resilient gegenüber Krisen.

Gleichzeitig tragen viele dieser Unternehmer:innen ein enormes persönliches Risiko. Viele arbeiten 60, 70, manchmal 80 Stunden pro Woche – und beuten sich dabei selbst aus, weil es keine andere Option gibt. Kein Kurzarbeitsgeld, kein Kollektivvertrag, kein Ausgleich: Wer als EPU nicht arbeitet, verdient nichts. Als Unternehmen ohne Mitarbeiter:innen sind sie unmittelbar von Auftragslagen abhängig, verfügen oftmals über geringere finanzielle Rücklagen und tragen unternehmerisches Risiko oft bis ins Privatvermögen. Steigende Kosten – etwa für Energie, Mieten oder Material – wirken sich direkt existenzbedrohend aus.

Umso mehr ist die Wirtschaftskammer Wien gefordert, diese besondere Realität anzuerkennen und ihr entschlossen zu begegnen.

Denn die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Wien führte 2024 mit 1.518 eröffneten Firmeninsolvenzverfahren die Liste aller Bundesländer an – ein Anstieg von 28 % gegenüber dem Vorjahr. Hinter dieser Zahl verbirgt sich noch eine erschreckendere Realität: Beinahe jeder zweite Insolvenzantrag wurde 2025 abgewiesen, weil die betroffenen Betriebe nicht einmal mehr Vermögen zur Kostendeckung von rund 4.000 Euro hatten. Diese Unternehmen sind still verschwunden – ohne Verfahren, ohne Sanierungschance, ohne dass es jemand bemerkt hat.

Auch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion zeigt, wie oft EPU aus dem Blick geraten: Die von der Bundesregierung jüngst angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten – ein wichtiger Schritt für Betriebe mit Mitarbeiter:innen – greift für EPU schlicht nicht. Wer allein arbeitet, zahlt keine Lohnnebenkosten für andere. Entlastungen, die an der Realität von über 72.000 Wiener Ein-Personen-Unternehmen vorbeigehen, machen deutlich: EPU brauchen Maßnahmen, die sie wirklich erreichen.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich: EPU tragen ein hohes Risiko, erhalten aber oft nicht die gleiche Aufmerksamkeit und Unterstützung wie größere Unternehmen. Die Wirtschaftskammer Wien muss gerade jetzt – in Zeiten sinkenden Wirtschaftswachstums und steigender Unsicherheit – für jene da sein, die am meisten riskieren und am wenigsten Netz haben, wenn sie fallen.



Wir als Interessensvertretung könnten den über 72.000 EPU mit vielen Maßnahmen ganz konkret helfen und sie unterstützen:

Soziale Absicherung stärken

1. Krankengeld für Selbstständige ab dem 4. Krankenstandstag statt wie bisher nach 42 Tagen: wer krank ist, kann nicht arbeiten, wer nicht arbeitet, verdient nichts.
2. Anspruch auf Arbeitslosengeld nach einem Jahr Erwerbstätigkeit, analog zu Angestellten – Selbstständigkeit darf kein Schutzlosigkeitsrisiko sein.
3. Abschaffung der Mehrfachversicherungspflicht für hybride Unternehmer:innen– wer sowohl angestellt als auch selbstständig ist, soll nicht doppelt zahlen müssen.

Beratung & Service ausbauen

4. Wiedereinführung und Ausbau des EPU-Centers sowie einer eigenen EPU-Sprecher:innen-Funktion in der WKW.
5. Niederschwellige, kostenlose Krisenberatung durch die WKW – nicht erst bei drohender Insolvenz, sondern präventiv, bevor die 4.000 Euro weg sind.

Liquidität & Kosten entlasten

6. Temporäre WKO-Beitragsreduktion in Krisenzeiten für EPU und Kleinbetriebe – wer kämpft, soll nicht auch noch von der eigenen Interessenvertretung belastet werden.
7. EPU-spezifische Entlastung aktiv einfordern: Die WKW möge sich dafür einsetzen, Entlastungspakete zu schaffen, die EPU berücksichtigen: etwa die Reduktion der SVS-Mindestbeiträge.

Sichtbarkeit & Marktzugang verbessern

8. WKW als aktive Vermittlungsplattform: EPU bei öffentlichen Vergaben und Ausschreibungen gezielt fördern und sichtbar machen – Kleinbetriebe werden bei öffentlichen Aufträgen systematisch benachteiligt.

Altersabsicherung

9. Grundpension von 1.200 Euro für Selbstständige – insbesondere Frauen, deren durchschnittliche Nettopension bei erschreckenden 830 Euro liegt.

Digitalisierung & Bürokratieabbau

10. Unbürokratischer IT-Support und Digitalisierungshilfe für EPU durch die WKW – EPU haben keine IT-Abteilung, keinen Steuerberater auf Zuruf, keine Compliance-Verantwortlichen. Die Kammer muss diese Lücke füllen.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge sich dazu bekennen, dass Ein-Personen-Unternehmen eine tragende Säule der Wiener Wirtschaft sind, und ihre spezifischen Interessen und Herausforderungen konsequent aufzugreifen und zu bearbeiten.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Axel Binder

Lisa Duschek

Christian Faulmann

Sonja Franzke

Mathias Gartner-Breitenfelder

Sandra Herrmann

Eva Kelety-Troyer

Abdelati Krimi

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**



ABÄNDERUNGS-ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 20.05.2026

Energieautarkie für alle Wiener Unternehmen

Was im Februar 2026 im Persischen Golf begann, spürten Wiener Unternehmer:innen wenig später an der Tankstelle, in der Energieabrechnung, in der Kalkulation. Die Sperrung der Straße von Hormus – durch die rund ein Fünftel der weltweiten Öl- und Gastransporte fließen – ließ die Ölpreise binnen eines Monats so stark ansteigen wie noch nie (Oil Market Report 4-26, IEA). Schon 2022 hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt, was fossile Abhängigkeit wirklich bedeutet. Die Botschaft ist dieselbe: Wer von fossilen Energieträgern abhängig ist, überlässt seine Kostenplanung geopolitischen Entwicklungen, die er nicht beeinflussen kann.

Volatile Energiepreise, unterbrochene Lieferketten und geopolitische Konflikte wirken sich unmittelbar auf Unternehmen aus – besonders auf kleine und mittlere Betriebe sowie Ein-Personen-Unternehmen. Energieunabhängigkeit ist daher längst eine Frage der wirtschaftlichen Resilienz und unternehmerischen Planungssicherheit.

Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und betriebliche Transformation sind zentrale Hebel, um Kosten zu senken, Risiken zu reduzieren und langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Gleichzeitig zeigen die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene und den Förderagenturen eine gegenläufige Tendenz:

Das Budget für Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft wurde 2025 um mehr als 50 % gegenüber dem Vorjahr reduziert und soll 2026 weiter deutlich sinken. Auch zentrale Programme wie der Klima- und Energiefonds sowie Förderungen für Energieeffizienz und industrielle Transformation wurden substantziell gekürzt. Während klimaschädliche Subventionen weitgehend unangetastet bleiben, werden Zukunftsinvestitionen gekürzt.

In den letzten Jahren sind in Wien mehrere niederschwellige Förderprogramme im Bereich Energieeffizienz ausgelaufen, darunter die Energiesparförderung für Kleinunternehmen sowie das Programm „Nahversorgung Energie“. Diese Programme haben insbesondere kleine Betriebe und Ein-Personen-Unternehmen bei konkreten Investitionen wie energieeffizienten Geräten, Heizsystemen oder Dämmmaßnahmen unterstützt.

Aktuelle Förderangebote setzen stärker auf komplexe Innovationsprojekte und sind für viele kleine Unternehmen schwer zugänglich. Diese Entwicklung schwächt genau jene Investitionsanreize, die Unternehmen jetzt dringend benötigen.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Ein-Personen-Unternehmen sind auf verlässliche, zugängliche Förderinstrumente angewiesen, um notwendige Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Technologien umsetzen zu können.

Die Grüne Wirtschaft ist überzeugt:

Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik stärkt gezielt jene Investitionen, die Abhängigkeiten reduzieren, Kosten senken und die wirtschaftliche Sicherheit erhöhen.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge sich dafür einsetzen, dass Förderprogramme für betriebliche Energieeffizienz und erneuerbare Energien für Unternehmen aus allen Bereichen ausreichend dotiert werden.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Axel Binder

Lisa Duschek

Christian Faulmann

Sonja Franzke

Mathias Gartner-Breitenfelder

Sandra Herrmann

Eva Kelety-Troyer

Abdelati Krimi



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 20.05.2026

Verhaltenskodex respektvolles Verhalten am Arbeitsplatz–Role Model Wirtschaftskammer Wien

Wo Menschen zusammenarbeiten, braucht es klare Regeln, wie Menschen auch aus unterschiedlichen Hierarchiestufen miteinander umgehen bzw. nicht umgehen sollen: Klarheit schafft Vertrauen. Das gilt für jede moderne Organisation.

Die WKO Österreich hat aus diesem Grund am 10. März 2026 im Erweiterten Präsidium einen Verhaltenskodex als Handlungs- und Orientierungshilfe zur Förderung respektvoller Zusammenarbeit, partnerschaftlichen Verhaltens und Unterstützung gegen jegliches Fehlverhalten am Arbeitsplatz beschlossen – als „sichtbares Bekenntnis zu einer wertschätzenden Organisationskultur“. Die Grüne Wirtschaft Wien begrüßt das ausdrücklich – und möchte diesen Geist gemeinsam mit allen Fraktionen einen Schritt weiterdenken.

Denn eines bleibt noch offen: Der Kodex adressiert die Kammer als Arbeitgeberin. Was fehlt, ist eine vergleichbare Struktur für jene, die nicht in einem Dienstverhältnis zur Kammer stehen – Mitglieder, Unternehmer:innen, Funktionär:innen. Menschen, die zu Recht erwarten, dass auch sie klare, faire Regeln innerhalb der Kammerstrukturen vorfinden.

Strukturen, die funktionieren, wenn es zu unangenehmem bzw. unangemessenem Benehmen durch machtausübende Personen kommt (ob durch Geschlecht, Hierarchie oder andere Unterschiede)

Für EPU und Kleinunternehmer:innen kann darüber hinaus ein Beratungsbedarf innerhalb der eigenen Betriebe entstehen – also im Umgang mit Kund:innen bzw. mit Mitarbeitenden in überschaubaren Teamgrößen. Sie haben keine HR-Strukturen, keine Rechtsabteilung, keine Vertrauensperson im Hintergrund – und begegnen schwierigen Situationen dennoch täglich: im Kund:innenkontakt, in Berufen mit körperlicher Nähe wie Massage oder Taxi, in Abhängigkeiten von Auftraggeber:innen.

Hier kann die Wirtschaftskammer Wien konkret mit vorbildhaften Strukturen vorangehen – etwa durch folgende Maßnahmen:

- Etablierung eines **vertrauliches Meldesystems**: eine unabhängige Vertrauens- bzw. Compliance-Stelle ermöglicht es, Missstände sicher und auf Wunsch anonym zu melden, ohne Angst vor Konsequenzen. Bisher muss jede:r Anrufer:in bei einem Anliegen zuerst ihre Mitgliedsnummer bekannt geben.
- **Schulungs- und Informationsangebote** in Zusammenarbeit mit der Gleichbehandlungsanwaltschaft, niederschwellig für Funktionär:innen zugänglich gemacht, stärken Qualität und Vorbildwirkung.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



- Eine Wirtschaftskammer-Anlaufstelle würde zudem als **Beratungsressource für Mitglieder** dienen – insbesondere für Unternehmer:innen mit wenigen Mitarbeiter:innen sowie für Berufsgruppen mit erhöhtem Risiko für Übergriffe im Alltag.

Aktuelle Debatten rund um öffentliche Institutionen haben gezeigt: Nicht auf Vorfälle warten, sondern vorausschauend Klarheit schaffen. Nicht reaktiv, sondern proaktiv. Das ist das Zeichen einer modernen, selbstbewussten Interessenvertretung. Damit zeigen und setzen wir die Werte um, die die WKO selbst in drei Worten zusammengefasst hat: **partnerschaftlich – respektvoll – wertschätzend.**

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge eine Arbeitsgruppe mit allen Fraktionen und Vertreter:innen der Mitarbeitenden bilden. Diese soll prüfen, welche Angebote und Maßnahmen zum Thema „richtiges Verhalten am Arbeitsplatz“ für Mitarbeiter:innen, Unternehmer:innen und Funktionär:innen der Wirtschaftskammer Wien geschaffen bzw. verbessert werden können.

Zusätzlich soll eine zentrale, unabhängige Anlaufstelle für vertrauliche Beratung eingerichtet werden. Damit setzt die Wirtschaftskammer Wien ein sichtbares Zeichen für eine moderne und inklusive Interessenvertretung, die allen Mitgliedern offensteht.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Axel Binder

Lisa Duschek

Christian Faulmann

Sonja Franzke

Mathias Gartner-Breitenfelder

Sandra Herrmann

Eva Kelety-Troyer

Abdelati Krimi

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 20.05.2026

Digitale Souveränität stärken – Zugang zu digitalen Werkzeugen für EPU und KMU verbessern

Die Nutzung digitaler Anwendungen und insbesondere KI-gestützter Tools entwickelt sich zunehmend zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor für Unternehmen. Gerade Ein-Personen-Unternehmen (EPU) und kleine sowie mittlere Betriebe stehen jedoch vor besonderen Herausforderungen: Laufende Lizenz- und Abo-Kosten für digitale Tools stellen für kleinere Betriebe oft eine spürbare finanzielle Belastung dar.

In vielen Branchen kumulieren sich diese laufenden Ausgaben für digitale Basis-Software (Office & Kommunikation), Produktivitäts- und Kollaborationstools, Design- und Marketinganwendungen sowie KI-gestützte Anwendungen auf realistische laufende Gesamtausgaben von etwa 80 bis 200 € pro Monat pro Unternehmen, abhängig von Tätigkeitsfeld und digitaler Intensität. Für spezialisierte Kreativ- oder Digitalberufe können die jährlichen Software- und Lizenzkosten deutlich über 2.000 € und damit einen **erheblichen Anteil der betrieblichen Fixkosten** ausmachen.

Bestehende Förderinstrumente im Bereich Digitalisierung – etwa Beratungs- und Projektförderungen – setzen zwar wichtige Impulse, decken aber laufende Nutzungskosten für digitale Anwendungen jedoch in der Regel nicht ab. Dadurch entsteht insbesondere für kleinere Unternehmen eine **Einstiegshürde bei der Nutzung moderner Technologien**.

Vor dem Hintergrund zunehmender Bedeutung digitaler Souveränität und der Stärkung des europäischen Technologie-Ökosystems erscheint es sinnvoll, den Zugang zu digitalen Werkzeugen gezielt zu erleichtern und gleichzeitig Anreize für die Nutzung europäischer und österreichischer Lösungen zu setzen.

Dieser Antrag versteht sich ausdrücklich nicht als Kritik an bestehenden Förderprogrammen oder Initiativen wie etwa KMU.DIGITAL, sondern als **Ergänzung der bestehenden Instrumentenlandschaft** mit dem Ziel, insbesondere laufende Nutzungskosten digitaler Werkzeuge stärker mitzudenken.

Ziel dieses Antrags ist es daher, den Zugang zu digitalen Schlüsseltechnologien für EPU und KMU **niederschwellig, zielgerichtet und wirtschaftlich sinnvoll zu verbessern** und bestehende digitale Ungleichheiten zwischen Unternehmensgrößen zu reduzieren.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge

- die Einführung eines Fördermodells, das EPU und KMU bei der Nutzung IT- und KI-basierter Tools unterstützt, sowie
- die Möglichkeit von kammerweiten Rahmenvereinbarungen bzw. Sammellizenzen prüfen, um Mitgliedsbetrieben vergünstigten Zugang zu ausgewählten digitalen Anwendungen zu ermöglichen und
- Anreize für die Nutzung europäischer und österreichischer IT- und KI-Lösungen prüfen, ohne dabei die technologische Offenheit einzuschränken.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Axel Binder

Lisa Duschek

Christian Faulmann

Sonja Franzke

Mathias Gartner-Breitenfelder

Sandra Herrmann

Eva Kelety-Troyer

Abdelati Krimi